

Ein Ort der politischen und kulturellen Emanzipation

Vortragsreihe Der Philosoph Julian Nida-Rümelin hat auf Einladung der SPD über Urbanität und Stadtleben gesprochen. Von *Mathias Bury*

Nicht der Markt wird die Probleme heutiger Städte lösen, dies werden auch nicht irgendwelche technologischen Experten schaffen. „Die Bürgerschaft selbst muss ihr Leben gestalten“, sagt der Philosoph Julian Nida-Rümelin. „Die künftige Entwicklung muss von dieser als ganzer getragen werden.“ Auf Einladung der Stuttgarter SPD hat er Perspektiven für die Stadt von morgen erläutert.

Was ist Urbanität? Und was bedeutet dies für die Entwicklung Stuttgarts in den nächsten Jahrzehnten? Diesen Fragen wollen die Sozialdemokraten vertieft nachgehen in einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Stadtleben“. Den Auftakt machte am Montagabend ein prominenter Kopf: Julian Nida-Rümelin, renommierter Philosophieprofessor mit Politikerfahrung aus München, der zwei Jahre lang im Kabinett

Schröder Kulturstaatsminister und auch schon einige Jahre Kulturreferent in der Bayerischen Landeshauptstadt war.

Historisch ist die europäische Stadt für Nida-Rümelin „ein Ort der Emanzipation“, wirtschaftlich, politisch und kulturell. Eine politische Identität habe eine Stadt, etwa wegen der unterschiedlichen Herkunft ihrer Bürger, aber nicht von selbst, diese müsse „politisch gestiftet werden“. Dies aber sei heute nicht mehr so einfach.

Die Bürger machten die Erfahrung, sagt Nida-Rümelin, „dass die politische Gestaltungskraft erodiert“, zum Beispiel wegen knapper Haushaltsmittel aufgrund von Verschuldung. Der „Primat des Politischen“ werde durch eine seit Jahren wachsende Okonomisierung der Verhältnisse und auch des Denkens „unterminiert“. Die dritte Herausforderung für die Städte sei

die „Fragmentierung“ der Gesellschaft, ihr tendenzieller Zerfall in Teilkulturen sozialer und ethnischer Milieus.

In dieser Situation hat Nida-Rümelin eine „Ethik der Stadt“ entwickelt. Er fragt:

„Unter welchen Bedingungen ist ein gutes und gerechtes Leben in der Stadt möglich?“ Voraussetzung dafür, so Nida-Rümelin, sei ein Handeln nach fünf Prinzipien: „humanistische Individualismus“, das heißt Respekt untereinander; „zivilgesellschaftliche Kooperation“, also selbst organisiertes Engagement der Menschen, das vom Staat gefördert und nicht behindert wird; gegenseitige „Anerkennung“ der Teilkulturen, die sich nicht absondern; „Inklusion“, also keine Ausgrenzung; eine „Praxis der Nachhaltigkeit“ im Umgang mit Ressourcen zugunsten nachfolgender Generationen.



Foto: gsa

„Die Bürger merken: die Kraft zur Gestaltung ist erodiert.“

Julian Nida-Rümelin über die Krise der Politik

Nach dem eher abstrakten Vortrag folgte eine Diskussion über direkte Demokratie. Peter Conradi hält mehr Bürgerbeteiligung für unabdingbar angesichts einer Politik, die immer stärker von den Interessen der Investoren geprägt sei. Die Bundestagsabgeordnete Ute Vogt fragte, wie man jene Gruppen in diese politischen Prozesse einbeziehen könne, „die heute schon nicht beteiligt sind oder sich nicht beteiligen“.

Die Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Roswitha Blind, machte auf die Widersprüche der Bürgerbeteiligung aufmerksam; teils sei das Interesse der Menschen auch sehr gering. Weiter fragte sie, inwieweit Investoren dazu gebracht werden könnten, dem Bürgerwillen zu folgen. Erfolgreich umschiff hat die SPD an diesem Abend das Thema Stuttgart 21.

Stz, 18.11.11

Im Merkin gw At.M.M